

### Deutschland und Dänemark.

Ernst Schröder-Flensburg.

Zwischen Preußen-Deutschland und Dänemark und dem weiteren Norden lag und liegt die Schleswig-Frage, doch hat sich das Bild, das die Lage heute zeigt, gegen diese vor 16 Jahren sehr verändert. Der Kampf um Schleswig wurde früher nicht nur an Ort und Stelle, sondern auch in Kopenhagen und in den Berliner Parlamenten in des Wortes ureigenster Bedeutung ausgetragen; dabei wurde die Frage großpolitisch so gut wie ignoriert, meistens was Berlin anging; man empfand teils die Schärfe der gestrichelten Politik, teils ihre Inkonsequenz als fälschlich und unangenehm. Doch wenn nicht es, wenn wir heute die ganze Vorgeschichte der Frage aufrollen?

Schon vor dem Kriege wurden auf beiden Seiten Verdächtigungen, Vorurteile vor verringert und die Atmosphäre zu entspannen. Daß sie erfolglos bleiben mußten, lag in jener Zeit begründet; man blickte zuviel auf außen hinein, vom Norden und zum Süden; nicht die Volksteile in Nordschleswig bekämpften sich so sehr, sie waren Exponenten von Fronten, Nordschleswig war Kampfbild. Es ist dort, was die bodenständigen Bevölkerung anbetont und zwar lieber Nationalisten, immer ruhiger zugegangen, als man denken meinte. Sehen wir ab von großpolitischen zukünftigen Verwicklungen: das geographisch kleine, aber seine grundsätzliche Bedeutung für den Norden und Deutschland behaltende Grenzproblem trägt tief Schicksal in eigener Hand; das Grenzland, in dem zwei bodenständige Volksteile verschiedener Nationalität, gleicher Weltanschauung, gleicher Sprache, gleicher Rasse leben — der nationale Trennungstrieb zieht sich mitten durch zahllose Familien — trägt seine Entwicklung in sich. Und diese Entwicklung, die bei genauerem Studium außerordentlich interessant ist, mündet in mächtig selbstbewußtem Sinn Stube, anfänglichen Selbstbewußtsein, denn es gibt etwas Gemeinames, das das Land und seine Bewohner umschließt: das Heimatgefühl. So empfanden die weit überlebende Mehrheit bei aller selbstverständlichen Betonung der Nationalität — wenn es angebracht ist: bei Wahlen, im Gemeinderat, in Kirchen- und Schulangelegenheiten. In wirtschaftlichen Dingen, diese Tendenz ist gleichfalls vorhanden, sucht man das trennende Nationale zu umgehen. Politik wird getrieben, wenn es um Volksteile geht.

Die Problematik wächst, wenn man sich klar macht, daß nördlich und südlich der Grenze von 1920 Minderheiten leben. Die den Wunsch haben, sich im Selbstbestimmten Staat wohnlich anzuschließen, weil sie es müssen; hier liegt das tragische Moment, das man lindern muß. In diesem Stadium stehen wir heute. Mittel zum Zweck der Förderung günstiger und vernünftiger Entwicklung sind (wie sie der im April 1930 aus Kopenhagen fortgegangene deutsche Gesandte von Fallst präzise genannt hat): offene Aussprache bauernd über alle Probleme des Tages und die Rolle der Minderheiten und ferner grundsätzliche Anerkennung des Prinzips der

freien Betätigung der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Das ist nichts Neues? Doch, es ist etwas Neues, grundsätzlich wenigstens; praktisch wird nach diesen Grundrissen verfahren. Und das ist notwendig.

Grundsätzlich wichtig ist ferner, daß die öffentliche Meinung in Deutschland und Dänemark ihre Einstellung zur Grenzfrage geändert hat; man beurteilt die Lage gleichmütiger. Im weiteren Deutschland geht man über die Abtretung des „relativ kleinen Ländchens“ nicht tragisch, in Dänemark nahm man das Gebiet wie etwas Selbstverständliches. Leidtragend ist dabei die historische schleswig-holsteinische Einstellung und nicht weniger jene dänische, die aus historischen Erwägungen mit der Einverleibung des Gebietes Nordschleswig nicht zufrieden war. Man empfand die Grenze von 1920 als Mißlingen, Kompromiß. Der de facto wachsenden Desinteresseiertheit im weiteren Deutschland — man muß das ruhig aussprechen, weil es so ist — steht einmal gegenüber die Betonung der Grenzrevitalisierung der deutschen Nordschleswiger, deren Minderheit heute dreimal so groß ist wie die dänische Minderheit südlich der Grenze; es steht ihr ferner gegenüber die dänische Furcht, vom jüdischen Nachbar Kulturpolitisch (vielleicht auch eines Tages machtpolitisch) überannt zu werden. Daher die Ablehnung gegen Deutschland, der man hismellen begegnet. Diese Sorge bestimmt ferner die dänische Haltung gegenüber, eng amtierender Maßnahmen im Grenzgebiet, obwohl hierbei auch die dänische Wirtsoffiziere (es gibt nicht nur eine deutsche) eine Rolle spielt. Man vergesse bei der gerechten Beurteilung der Lage nicht, daß der dänische staatliche Machtbereich einst vor den Toren der Stadt Hamburg lag. Man denke ferner an die Eiderlinie, die Schles als Grenzschutz, an die Stadt Flensburg, die des „Kampfs Ziel“ war. Zu den Vertretern dieser letzten Ede gehört Srensen, als aufrechter konservativer Politiker. Dennoch ist gerade bei ihm ein großes Bemühen festzustellen, die Dinge zu sehen, wie sie sind.

Eine auf die feststehend vorliegenden schwachen Punkte der beiden nationalen Volksteile eingezogene, darf man feststellen, daß die minderheitenpolitische Entwicklung, wie sie sich in den letzten Jahren zeigt, ausgesprochen verbindende, entzweiende Tendenzen zeigt. Die Auseinanderziehung im schleswigischen Grenzgebiet ist eine überwiegend ausgesprochen anfängliche, offene, sachliche. Diese Fortziehung des „tausendjährigen Kampfes“ ist nicht nur erträglich, sie macht verbindende Kräfte frei in naber und später Zukunft. Es ist unmöglich, heute zu fragen, wer das größere Entgegenkommen zeigt, es genügt festzustellen, daß wir auf einer Ebene angelangt sind, wo ernsthaft daran auf beiden Seiten gearbeitet wird, Hemmnisse zu überwinden.

### Aus der Wahlbewegung.

#### Dringung über die deutsche Außenpolitik.

Reichstagsminister Dr. Brüning sprach auf einer Kundgebung der Zentrumspartei in Trier. Er behandelte zuerst die vor-

zeitige Klärung der dritten Zone, die als ein besonderer Einschnitt in der deutschen Geschichte dastehet. Nach der Klärung dieser Zone, die großen außenpolitischen Aufgaben. Die Wirtschaftskatastrophe, die über die Welt hereinbrechen sei, dränge zu einer Lösung. Brändens Deutscherei verleihe, einen Weg aufzuzeigen, und die deutsche Reichsregierung habe den Willen zur Zusammenarbeit offen zu betonen. Die Endziele der deutschen Außenpolitik müßten sich aus der heutigen Gesamtlage Deutschlands von selbst ergeben. Um die Endziele zu erreichen, brauche man in erster Linie Stabilität und innere Folgerichtigkeit, die eine gelegentliche Einstellung zur Außenpolitik bringen müßten. Man dürfe sich auf keine politischen Abenteuer einlassen, und von einem Streben nach Popularität dürfe keine Rede sein. Insbesondere müsse die Außenpolitik nicht mit abstrakten und vorhandene Mittel einlegen. Dr. Brüning behandelte dann die Haltung der Sozialnationalen Volkspartei in den letzten Jahren und wies darauf hin, daß die Zentrumspartei stets ihre Bedenken gegen den Hauptplan geäußert habe. Die heutige Wirtschaftskatastrophe sei vorausgesetzt worden. Man habe leider abgewartet, statt sofort schon vor zwei Jahren gelegentlich die Sanierung der Kassenlage des Reiches, die Sanierung der Gemeindefinanzen usw. durchzuführen und den Kampf gegen die Preispolitik der Kartelle aufzunehmen.

#### Reichstagspräsident Löbe in Breslau.

Die Sozialdemokratische Schlesiens liegt in Breslau eine Wahlerfassung ab, in der Reichstagspräsident Löbe die Hauptrede hielt. Er sagte sich vor allem mit dem Zentrum, das Zentrum, so führte er aus, habe behauptet, die Sozialdemokratie drücke sich vor der Verantwortung in den Augenblick, wo es im Reich brenzlich zu werden anginge. Die Haltung der Sozialdemokratie nach der Zurückweisung des Reichstags 1918, in den Tagen der Inflation, während der Wirtschaftskatastrophe 1928 bewies wohl das Gegenteil. Man höre aber aus dem Munde Stegerwalds, daß es die Absicht des Reichspräsidenten und des Reichstags seien sei, ohne die Sozialdemokratie die Finanzreform durchzuführen und die Wirtschaft anzuführen. Erläuterung habe die Parteivorstand, entgegen der Verfassung einliegen, weil er angenommen habe, daß Ruhe und Ordnung gesichert sei. Glaube er aber, daß Ruhe und Ordnung gesichert seien, wenn den Arbeitlosen die Bezüge gekürzt, die Wartezeit verlängert werde, wenn die Krankenkassen von ihren Versicherungen ausfallen würden. Warum mache der Reichspräsident nicht den Versuch, die notwendigen Summen durch eine Herabsetzung des Gehalts und der Offizierspensionen zu erlangen und gegen den Preiswucher der Treits vorzugehen? Das heutige Finanzprogramm der Regierung ist vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus völlig ungenügend. Die Sozialdemokratie könne jederzeit eine Vereinbarung der Steuererhebung, zu wenn sie nicht eine neue Belastung der Bevölkerung sei. Sie begrüße jedes Programm der Wirtschaftsbekämpfung; Lohnabbau scheine ihr aber das allerbeste Mittel zu sein.

#### Generaldirektor v. Ceet über deutsche Politik.

Die Deutsche Volkspartei hatte in Dortmund eine Wahlerfassung einberufen, in der Generaldirektor v. Ceet programmatische Ausführungen machte. Er erklärte, in der Außenpolitik müsse das wichtigste Ziel die Wiederherstellung Deutschlands als Machtstaat sein, d. h. die Wiederherstellung seiner Weltgeltung, wie sie Deutschland bei seiner Größe und Bedeutung zukomme. Zwischen den Völkern liege eine Verständigung anzustreben. Deutschland habe kein An-

**Das lächelnde Jara**  
ROMAN VON ARNO FRANZ  
JURIDISCHES SCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAG SA  
(21. Fortsetzung.)

Und die Babu Siti lächelte, wie vor Monaten die Hindus lächelten, als an den Markttag der Markt in Benares die Scheiterhaufen loderten, wie die kleineren Götter lächeln zu den auf munden Händen dargebrachten blutenden Herzen der Gläubigen, wie Jara lächelt und alle, die auf Inzulinde in der Sonne lächelten.

Und Babu Siti flehte sich eine Pandanusblüte ins schwarze Haar und ging ins Haus.  
Auf der Veranda hatte der Stabsarzt Dr. Boos mit dem Hauptmann Mac Ceod ein ernstes Gespräch.

Jara stand hinter einem Pfeiler und lächelte. Von der Höhe her hörte die Babu zu.

„Ich möchte eine Schwelger“, sagte der Arzt, „das muß sein. Ihre Gattin ist außerordentlich schön und ungewöhnlich erregt. Sie braucht sorgfältige Pflege. Krautchen haben möchte ich sie nicht überlassen. Wenn für absolute Ruhe gefordert wird, habe ich keine Bedenken, denn ihr Herz ist gesund. Sagen Sie die schreienden Verkäufer von der Straße weg. Dieses Gebiär zerreißen ja die Herzen.“

„Soll geschahen. Das kann mein Verzicht tun.“ antwortete Mac.  
„Und Sie, mein lieber Herr Hauptmann, hm — das nehmen Sie mir mal jetzt nicht übel, was ich Ihnen sage, sollten sich die Kameraden wenigstens acht Tage bei „Daendels“ und in „Des Indes“ allein amüsieren lassen.“

„Herr Stabsarzt! Danken Sie!“  
„Nicht das gemeine Verzeihen.“ Ich sage ja nur — Wir haben lange keinen so fritten und lebenswürdigen Kameraden gehabt. Das Kompliment kann ich Ihnen machen. Aber Ihr Tempo, mein Lieber, Ihr Tempo! Do kann ja auf die Dauer niemand mit. Der arme de Vries ist ja schon jeden Tag betrunken und oben — bedäuflich bemerkt — fängt man schon an, das große Haupt zu schütteln.“

„So? Tun sie das, die Herren Oberbongzen? — Sollen sie haben do wenigstens etwas zu tun.“

„Wichtig aber unheimlich.“ — „Na, geht mich ja nichts an. Wir Quackfalter pflegen den Herren von der anderen Fakultät immer auf die Herzen zu fallen.“

„Durchaus nicht! Mir bestimmt nicht! Im Gegenteil! Ich bin Ihnen dankbar, Herr Stabsarzt, für Ihren Hinweis.“

„Freut mich. Ich meine es ernstlich zu. Sie glauben ja nicht, wie schnell mir hier verdrückt sind. Keiner glaubt das! Und doch tritt uns Jara auf immer!“ Er zeigte auf Herz und Hirn. — „Wir merken es erst dann, wenn wir am Boden liegen, von der Sonne gefällt, wie die Bäume des Urwaldes, die die weißen Ameisen stürzen.“

„Woh! lächelte. Da ich Ihr Boos sehr ernst in die Augen.“  
„Das haben Sie sich auch schon angeschaut.“ legte er hart, dieses Rädeln, dieses eigene, dieses ganz besondere, dieses frane, dieses — — gotterbeudende Rädeln!“  
„Er redete sich auf.“

„Himmelhergott! — — — lacht! Aber lächelt nicht Tränen hier besser als — — — diese Gügel!“  
„Dann ging er.“  
„Und Mac Ceod war es sonderbar uns Herz.“

Dr. Boos hatte die Schwelger gefischt. Eine, die nicht lächelte. Deren Hände geeignet waren und deren Augen eine Seele hatten.

„Immer, wenn Dr. Boos durch die Gartenpforte schritt, klopfte er dem Bürgen auf die Schulter.“  
„Recht so, mein Sohn, recht so! Keinen Värm duften, auch keinen Besuch einlassen. Niemanden. Verstanden!“

„Zu Befehl, Herr Stabsarzt.“  
„Schon jemanden abgemeldet?“  
„Herrn Veunani de Vries.“

„Schau, Schau! Was wohl ein schweres Stück Arbeit? Was? Kann mir's denken.“ Damit strampelten seine kurzen Beine den Gartenweg entlang.  
„Drinnen im Hause am Bett der Patientin, hielten sich seine bärbeißigen Züge vollkommen auf.“  
„Es ging der Böhmerin gut. Auch das „wizlige Welen“ — Sobanno Louise sollte es getauft werden — befand sich wohl.“ Dr. Schwelger betreute Mutter und Kind mit rührender Sorgfalt.

Vuis 77. Temperatur 36,3. Besser konnte es nicht gehen. Wenn wir lo weiter steigen auf der Leiter des Lebens, beschreie Frau Hauptmann, können wir in drei Tagen verabschiedet aufsteigen.“ konstatierte er, und Traute drückte ihm dankend die Hand.

„Ueber Karas feineres Gefühl aber, der unsichtbar immer zugegen war, wenn es sich in irgendeiner Sache um seine Anna handelte — augenblicklich hochte er vor ihrem Fenster auf der Veranda — glitt ein warmes Seufzen.“

Schüma hat gehoffen. Das war seine innerste Ueberzeugung.  
„Aber was dann, wenn wir aufstehen können?“ sagte Dr. Boos. „Wohin dann mit unserer glücklichen Mutter?“  
Mac kuckte. Was wollte der Quackfalter mit seiner Frage?

„Auch Traute verstand ihn nicht.  
Da Boos in vier fragende Augen sah, wurde er heul-süß.“

„Sie können natürlich nicht in Batavia bleiben“, flüchte er auf. „Sie müssen in die Berge. Zum mindestens Buitenzorg! Besser aber noch höher hinauf. Nicht für die Entgelt.“ Frau Hauptmann leuchtend lächelte und drehte bis vier Wochen sollten es schon sein.“

„Traute war wenig freudig überhöht von dieser Erklärung. Sie kannte ihren Mann, der zwischen Trunt und Liebe halbtags hin- und herpendelte und der die Heihelst des Herzes kaum zu adien imstande war. Nur ihre Anwesenheit legte ihm ja einige Zurückhaltung auf.“

„Nein, sie wollte nicht in die Berge.“  
Dr. Boos aber ließ sich nicht beirren.

„Gnädige Frau“, begann er ihr zuzureden, „ich kann es durchaus verstehen, daß Ihnen Ihr Heim lieb ist. Darum aber geht es nicht. Es handelt sich hier um die Erfüllung selbstverständlicher Pflichten. Selbstgewöhnter und unabweisbarer Pflichten“, das bekräftigte er ausdrücklich. — „Wenn ich Sie und Ihren Gatten auch auslächte, die Kinder kann ich nicht ausschalten. Sie sind da. Sie brauchen die Mutter nicht nur heute und morgen, sondern auch übermorgen. Und da erkl recht. Diese kleinen Menschen wollen wachsen. Glaubt mir, das ergozen werden.“

„Seine Worte fielen in ein vernehmendes Herz.“  
(Fortsetzung folgt.)







# Lebener Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Lebera

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Cauer'sche Buchdruckerei, Koblentz, Geschäftsstelle in Lebera: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 3 Pf., die 60 mm breite Millimeterzeile im Restamtell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Lebera — Bankverein Arten.

N 105

Donnerstag, den 4. September 1930

43. Jahrgang

## Generaloberst Heye hat das Wort.

Die Gründe seines bevorstehenden Rücktritts.

Berlin, 2. September.

Generaloberst Heye übermittelt der Öffentlichkeit folgende Erklärung:

Um den Gerüchten, die sich um meinen bevorstehenden Rücktritt gebildet haben und die sich allmählich zum Schaden des Reichsheeres auswirken, ein Ende zu machen, sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt:

1. Anfang Juni d. J. habe ich aus eigenem Entschluß herab den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichswiesensminister gebeten, mich nach Ablauf der großen Rechenjahre 1930 mein Abschiedsgesuch einreichen zu lassen. Diese Zustimmung habe ich erhalten.
  2. Den Zeitpunkt meines Ausscheidens aus dem Dienst habe ich daraufhin, den Wünschen des Reichsheeres entsprechend — Abschied der Geschäftsstelle —, auf den 30. November 1930 festgelegt.
  3. Wer wie ich über 42 Jahre der Armeegebiet hat, davon 20 Jahre in schweren und verantwortungsvollen Stellungen in Krieg und Frieden, wird meinen Wunsch verstehen, die Führung des Reichsheeres einer jüngeren Kraft zu überlassen. Mir politischen Fragen wird mein Eintritt nicht das geringste zu tun.
  4. Ich habe mich über den Namen meines Dienstes hinaus nie mit Parteipolitik befaßt und beabsichtige auch zukünftig nicht, dies zu tun. Ich habe kein persönliches Verhältnis als Soldat, bzw. als Vaterland, weit über alle Parteien steht, meiner Lebensaufgabe, dem Heere, zu dienen.
  5. Für das, was während meiner Amtszeit als Chef der Heeresleitung von mir unternommenen Offizieren gelang oder nicht gelang, trage ich allein die Verantwortung. Die Heeresangelegenheiten gegen solche Offiziere sind deshalb vollständig und werden für das Heere schädlich.
  6. Ebenfalls habe ich dafür ein, daß die Führung des Reichsheeres nach den Richtlinien des Reichswiesensministers als dem verantwortlichen Mitglied der Reichsregierung erfolgt ist. Von einer Sonderpolitik des Heeres oder einzelner Offiziere zu sprechen, kommt deshalb bemißt oder unbewußt einer Verleumdung der öffentlichen Meinung gleich.
  7. Ich darf erwarten, daß durch diese Erklärung der Zeitungsdruck gegen das Reichsheer und einzelne Offiziere abgeklungen ist, zum mindesten sich nur gegen die Person richtet, die die Verantwortung trägt, also gegen mich.
- Hierzu darf ich noch folgendes Allgemeine bemerken: Bei meinem Ausscheiden nehme ich als letzte Überzeugung mit, daß das Reichsheer in allen seinen Gliedern sichphilos und treu feinen Dienst an Land und Volk ausübt. Wenn diese Tatsache bei einsehender öffentlicher Nachforschung mehr als bisher gewürdigt würde, wäre nicht nur der Armeegebiet, sondern auch den Interessen des Ganzen besser geeignet.

gez. Heye, Generaloberst.

## Reichsheer und Sowjet-Armee.

Der „Manchester Guardian“ zum Vortag Amingens.

London, 3. September.

Der „Manchester Guardian“ nimmt neuerdings energisch gegen die im Zusammenhang mit dem Flugzeugabsturz des britischen Amingens erhobenen Vermutungen über ein Zusammenstoßen zwischen der Reichsheer und der Sowjetarmee Stellung, die sich in der englischen Presse verschiedentlich zu direkten Beschuldigungen ausgedehnt haben, und weist die Beschuldigungen energisch zurück.

Ohne auf die Tatsache einzugehen, daß Amingens der Reichsheer seit Jahresfrist nicht mehr angehöre, schreibt das Blatt, es sei nur natürlich, daß die deutsche Armeegebiet ebenso wie jede andere Armeegebiet in den militärischen Entwicklungen im Ausland in Betracht bleiben müsse. Es sei daher keineswegs unzulässig, wenn sich deutsche Offiziere mit dem Studium der Methoden der russischen Armeegebiet befassen. Im Übrigen sei der überwiegende Teil der deutschen öffentlichen Meinung gegen eine Militärkonvention mit Rußland einseitig, und diese Einstellung sei die beste Bürgschaft gegen die in der englischen Presse befristete Gefahr.

Ob diese Einstellung des immer sehr objektiv urteilenden, angesehenen englischen Blattes allerdings bei der gegenwärtigen Stimmung der englischen Öffentlichkeit viel nützen wird, bleibt abzuwarten.

## Zum Konflikt Reich—Thüringen.

Keine nationalsozialistischen Zellen.

Weimar, 3. September.

In wenigen Wochen wird der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Antrag Thüringens seine Entscheidung darüber zu fällen haben, ob die Erziehung der Thüringer Jugend durch das Reichsinnenministerium zulässig ist.

Da in dieser Verhandlung die Frage, ob in der Thüringer Landespolitik tatsächlich nationalsozialistische Zellen gebildet worden sind, eine Rolle spielen wird, hat das Thüringer Kabinett Zeugen dafür befragt, daß diese Vernehmung unterscheidet Kreise in den Landtagen seine Stille habe. Diese Zeugen sind in erster Linie Staatsminister Dr. Fried, der Leiter der Polizeidirektion in Thüringen Innenministerium, der Leiter der Thüringer Landespolizei sowie andere führende Parteimitglieder.

Die nationalsozialistischen Beamten werden dem Vernehmen nach dem Staatsgerichtshof weiterhin einen Schriftsatz zugehen lassen, durch den der Beweis dafür erbracht werden soll, daß die Nationalsozialisten keinen gewalttätigen Umsturz erstreben.

## Einigung über die Siedlungsbank.

Erstigung Ende Oktober.

Berlin, 3. September.

Die Verhandlungen über die Erstigung eines Instituts zur Finanzierung des gesamten Siedlungswekens sind zwischen Reich und Preußen im Geiste der Zusammenarbeit an dieser wichtigen Aufgabe der Agrarpolitik und der Öffentliche zu erfolgreichem Abschluß gebracht worden. Das Reich wird 250 Millionen Mark Zuschüsse leisten, Preußen 100 Millionen in die Bank einbringen, deren Name noch nicht feststeht. Mit einem Kapital von 10 Millionen Mark wird sich die Siedlungsbank an der preussischen Landesentwicklung beteiligen, deren Apparat auf diese Weise für die Siedlung herangezogen wird.

Die Landesentwicklung wird ihren Charakter als Darlehensinstitut behalten, und es wird die Aufgabe der neuen zentralen Organisation sein, durch Bereitstellung von Kapital für langfristige Siedlungsarbeiten den Rückfluß der Zwischenerträge zu beschleunigen, damit diese Zwischenerträge für den energischen weiteren Ausbau der Siedlung verfügbar werden. Die endgültige Errichtung der Bank ist auf die Zeit nach der Wechseleröffnung des preussischen Landes vertagt worden, bis der vorläufigen Zustimmung des Reichsrates und des Landtages bedarf.

## Für Danzigs Wirtschaft.

Antwort auf die polnische Gdingen-Denkchrift.

Danzig, 3. September.

Der Senat der freien Stadt Danzig hat die im ganzen 80 Seiten umfassende Antwort auf den polnischen Gegenvorschlag in der Gdingen-Frage dem Danziger Botschafts-Kommissar, Grafen Gradow, überreicht.

Die politische Entgegnung gliedert sich in zwei Punkten, einmal in der Beantwortung der Zuständigkeit des Botschafts-Kommissars für diese Angelegenheit, zum anderen in der Thesen von der Notwendigkeit zweier Häfen für Polen. Am überlegen ist die politische Entgegnung sehr viel Momente in der Erörterung, die mit der eigentlichen Frage Gdingen—Danzig wenig im Zusammenhang stehen. In rechtlicher Beziehung stellte sich die politische Entgegnung auf den Standpunkt, daß die von Danzig angelegte Entscheidung des früheren Danziger Botschafts-Kommissars Gdingen eigentlich keine Entscheidung, sondern nur eine Art Glossen sei.

Die Antwortschrift Danzigs weist demgegenüber nach, daß die These von den zwei Häfen wirtschaftlich unangehörig ist.

Die Behauptung, daß der polnische Außenhandel noch in sehr großem Maße festlegungsfähig sei, ist kein durchschlagendes Beweismittel der polnischen Entgegnung. Polen sei ein ausgeprägtes Binnenhandelsland. Bei einer Beendigung des Zollkrieges mit Deutschland sei zu erwarten, daß der Warenverkehr über Land bedeutend steigen werde. Die Ausfuhr Polens über See werde in Zukunft also eher sinken als steigen. Dafür würden zwei Häfen nicht notwendig sein.

Gdingen sei auf ein Fassungsvermögen von 10 Millionen Tonnen Jagresmenge eingerichtet und solle auf 15 Millionen Tonnen gesteigert werden. Danzig allein besitze bereits in seinem Hafen ein Fassungsvermögen von 15 Millionen Tonnen und sei gleichermäßen entwicklungsfähig, als Hafen also ausreichend für die gesamte Seausfuhr.

Die Entwicklung zweier Häfen müsse notgedrungen dazu führen, daß ein Wettrennen zwischen beiden Häfen statfinde, deren einer, nämlich Gdingen, von Polen mit aller Macht gefördert und damit der Handels Danzigs geschädigt und bedroht werde. Rechtlich verleihe Danzig dabei, daß sein Hafen voll ausgenutzt werden müsse. Das sei der Sinn aller Verträge und Entscheidungen, aller Bindungen Danzigs an Polen. Dieser Sinn könne nicht beliebig geändert und in kein Gegenstand verkehrt werden dadurch, daß Polen weitere Häfen errichte. Danzig habe das Recht, den Danziger Botschafts-Kommissar anzurufen in allen Fällen, in denen geltend gemacht werde, daß Polen irgendwelchen Anspruch Danzigs verleihe. Dieser Fall sei in der vorliegenden Angelegenheit gegeben.

## Danzerkreuzer „A“ muß verhalten.

Paris, 3. September.

Das französische Marineministerium scheint mit dem füglich gebührenden Plan des Baues eines Danzeker Kreuzers, der den Namen „Algerie“ tragen soll, immer noch nicht den Zpp gefunden zu haben, der geeignet wäre, dem deutschen Panzerkreuzer „Admiral Scheer“ — gemeint ist wohl das Panzerkreuzer „Graf Reuven“ — gegenüberzutreten. Das Generalstabblatt „Echo de Paris“ veröffentlicht in diesem Zusammenhang einen Artikel, in dem einige Einzelheiten über die zutünftigen Absichten gegeben werden, die das Marineministerium angeht, der „deutschen Gefahr“ zur Durchführung bringen will.

Angesichts der deutschen Panzerkreuzer bleibe der französischen Flotte nur die eine Möglichkeit, die Flucht zu ergreifen. Es sei jedoch zu hoffen, daß sich die französische Kriegsmarine nicht mit dieser wenig glänzenden Rolle zufriedengeben werde, sondern sich gegen eine derartige Überlegenheit zu schützen wisse. Der Bau des deutschen Panzerkreuzers werde Frankreich und mit ihm vielleicht andere Länder zu jenem Rüstungswettlauf auf dem Wasser veranlassen, gegen den schon so viel Tinte geflossen sei.

Der Panzerkreuzer „Algerie“, der bei einer Wasserdrängung von 10 000 Tonnen 32 Knoten laufen, sei zwar gegen den Feuer der 28-Zentimeter-Geschütze des „Admiral Scheer“ geschützt, das genüge aber nicht, um ihn handhabbar zu können. Das Blatt will in diesem Zusammenhang in Erfahrung gebracht haben, daß das französische Marineministerium einen Panzerkreuzer von 15 000 bis 18 000 Tonnen auf Kiel legen werde, der alle Eigenschaften haben solle, um den deutschen Panzerkreuzern handhabbar. Die Bestimmung solle aus acht 30,5-Zentimeter-Geschützen oder sechs 34-Zentimeter-Geschützen bestehen, während die Panzerung dem Feuer der deutschen 28-Zentimeter-Geschütze der deutschen Kreuzer gewachsen sein solle. Die Geschwindigkeit sei auf 28 Knoten berechnet.

Mit einigen dieser Einzelheiten, so betont das Blatt, könne Frankreich in aller Ruhe die Ereignisse abwarten, die sich in Deutschland abspielen, ohne deshalb des Imperialismus beschuldigt zu werden.

Die Furcht vor dem deutschen Panzerkreuzer A scheint in Frankreich nicht unbedeutend zu sein. Immerhin dürfte sie nicht ganz echt sein, da Frankreich im Ernstfalle der deutschen Flotte eine weit überlegene Macht entgegenzustellen in der Lage sein würde, wie es zum Beispiel über drei Geschützflotten mit je zehn 34-Zentimeter-Geschützen verfügt, denen Deutschland nichts gegenüberstellen könnte. Auch die seit Kriegesende fertiggestellten 10 000-Tonnen-Kreuzer mit einer Bewaffnung von acht 20,5-Zentimeter-Geschützen, von denen Frankreich jetzt über besitzt, sind den deutschen kleineren Kreuzern überlegen. Das ganze Geschütz der französischen Flotte stellt also nur, das Frankreich die ganze Welt umtreibt, um einer anderen Macht als Deutschland härtere Schiffe gegenüberzustellen.

## Was Herr Hearst erzählt.

Seine Ausweitung aus Frankreich.

London, 3. September.

William Randolph Hearst, der bekannte amerikanische Zeitungserbe, der hier aus Paris eingetroffen ist, behauptet, daß er von der französischen Regierung aufgefordert worden sei, Frankreich wegen Verletzung geheimer Dokumente des Quai d'Orsay, zu verlassen, um gab darüber die folgende Erklärung ab:

„Ich habe mich nicht zu befragen; die amtlichen Stellen waren äußerst höflich. Sie erklärten, daß ich ein Feind Frankreichs sei und eine Gefahr in ihrer Mitte. Ich kam mit dem Gedanken, ich würde nach Frankreich gehen, um mich dem Republik abgeben Verantwortung über die Nation, in dem ich mich nach dem besten Weg zu richten würde.“

Die Aussage des Mannes, daß er darauf antwortete, ihm sei schon alles in sehr einfacher Weise klar, ist ein wenig überraschend, da er ein amerikanischer Journalist ist, der seine erlauchtlichen oder den Schreibern monneller Höflichkeit französisch.

Angenommen — um den Zusammenhang zu verdeutlichen —, daß es sich um die Geheimverträge handelt, die einige Interessen amerikanischer Firmen in dem Vertrag mit dem Reich enthalten sind, so war die Haltung mit dem Reich in ihrem Vorteil. Vertreter der amerikanischen Industrie sind verpflichtet, die Interessen ihrer Auftraggeber zu vertreten.

Ich glaube jedoch, daß die allgemeine Haltung der französischen Presse bei ihrer Opposition gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg oder irgendeinen Garantiepakt, der unser Land in europäische Handel verwickeln könnte, der Hauptgrund war.

Es mag gleichfalls eine leichte Verärgerung vorgelegen haben über die gelegentlichen Anmerkungen unserer Zeitungen, daß Frankreich als nunmehr eines der reichsten Länder der Welt einen Teil des deutschen Erbes zu verwenden fürchte, um seine eheliche Schuld an Amerika zu bezahlen. Denn ohne Amerika würde Frankreich, die Tribute bezahlen müssen, falls solche zu ergäben.

